



***... mehr GRÜN für Hamm !***



***Kommunalwahl-Programm 2004***

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**



## Inhaltsverzeichnis:

Einleitung .....	Seite 3
Nachhaltige Stadtentwicklung .....	Seite 4
Wirtschaft und Beschäftigung .....	Seite 7
Umwelt, Natur, Ökologische Landwirtschaft .....	Seite 11
Soziale Sicherung .....	Seite 13
Schule für morgen .....	Seite 14
Vielfalt für die Zukunft .....	Seite 15
Stadt des Sports .....	Seite 17
Kultur ist Lebensqualität .....	Seite 18
Integration .....	Seite 19
Frauenpower für Hamm .....	Seite 20
Direkte Demokratie leben .....	Seite 21

### Stadtbezirke:

Mitte .....	Seite 22
Uentrop .....	Seite 25
Rhynern .....	Seite 27
Pelkum .....	Seite 28
Herringen .....	Seite 30
Bockum-Hövel .....	Seite 32



## Einleitung

Die Bevölkerung schrumpft. Die Gesellschaft überaltert. Die globalisierte Wirtschaft hat die Grenzen des Wachstums erreicht. Die Stadtstruktur frant immer stärker ins Umland aus. Falschverstandene "Mobilität um jeden Preis" erzeugt immer mehr Autoverkehr. Bund, Land und Kommunen sind "pleite".

Eine verantwortungsvolle Politik der Nachhaltigkeit muss hierauf reagieren. Qualität statt Quantität der Entwicklung ist gefragt. Alte "Wachstumskonzepte" des 20. Jahrhunderts – ein weiter-wie-bisher-es-wird-schon-wieder – gehören in die Mottenkiste. Nachkommende Generationen dürfen nicht nur unsere "Hinterlassenschaften" erben, wenn sie eine echte Chance haben wollen, ihr Leben, ihre Zukunft selbst zu gestalten. Politik muss das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Hamm haben in der Legislaturperiode 1999-2004 kompetent und engagiert eine konstruktive Oppositionsarbeit geleistet. Wir haben eigene Ideen entwickelt, positive Ansätze unterstützt und Fehlentwicklungen zu verhindern versucht.

Unterstützung fanden z.B. (alte) Projekte wie der Saalbau am Kurhaus, das Maximare, der Neubau der Konrad-Adenauer-Realschule, die Erweiterung des Märkischen Gymnasiums bzw. die Sanierung der Friedrich-Ebert-Realschule, der (noch zu zaghafte) Abbau des Sanierungsstaus an Schulen, das Technische Rathaus. Die Entwicklung der Stadt Hamm zur Bürgerkommune wurde von uns begrüßt. Die Förderung des ehrenamtlichen Engagements, die WerkStadt-Gespräche oder das Projekt "Bürgerhaushalt" wurden von uns ebenso positiv begleitet wie die Bemühungen, die Integration der Einwanderer zu verstärken und das soziale Netz bzw. die Jugendarbeit im Bestand zu sichern.

In der Stadtentwicklung allerdings gibt es erhebliche Differenzen zwischen GRÜNEN und allen anderen Parteien. GRÜNE wollen auf B 63n, Warendorfer Straße, Kanaltrasse oder A 445 verzichten. Der ungebremste Flächenfraß wird von uns konsequent abgelehnt: sei es die Betonierung des Weetfeldes für das sog. "interkommunale Logistikzentrum", der Umbau Rhyerns zum "Industriepark" oder die verstärkte Ansiedlung von Discountern.

Der LippeSEE zerstört wertvolle Biotope und ein intaktes Naherholungsgebiet im Herzen der Stadt, setzt falsche Schwerpunkte in der Stadtentwicklung und bindet erhebliche öffentliche Mittel für Planung und Realisierung. Deshalb lehnen GRÜNE dieses "Leuchtturmprojekt" ab!

Wir wollen in den Bestand investieren – in die Sanierung von Gebäuden, Straßen, Abwasserkanälen oder Grünflächen. Wir wollen Bildung, Kultur, Sport und gesellschaftliches Engagement erhalten und fördern.

Wir wollen für unsere BürgerInnen Lebens- und Wohnqualität weiterentwickeln. Für visionäre "Spielereien" ist kein Geld (mehr) vorhanden.

Dafür brauchen wir Ihr Votum am 26. September 2004. Sie haben drei Stimmen!

Hamm braucht GRÜNe!



## Nachhaltige Stadtentwicklung

### GRÜNE für den Erhalt des Weetfeldes

Für viele Menschen ist das Weetfeld ein Stück "Heimat". Die alte Kulturlandschaft ist ein stark nachgefragtes Naherholungsgebiet mit wertvollen Biotopen für viele seltene Tier- und Pflanzenarten. Das Weetfeld darf nicht dem Beton geopfert werden, Heimat, Wohn- und Lebensqualität dürfen nicht unter die "Räder" kommen!

Das geplante Logistik-Zentrum wird zum Groschengrab des Steuerzahlers: schwierige Entwässerung, Neubau von Straßen (B 63n, Provinzialstraße), Grundstückskauf (80 ha) und der enorme Ausgleichsbedarf treiben die "Entwicklungskosten" in die Höhe. Gewerbesteuererinnahmen sind nicht zu erwarten. Für viel Geld werden nur wenige Arbeitsplätze geschaffen. Lärm und Gestank der LKW-Kolonnen belasten dagegen viele Bürger. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Planungen für das geplante Industrie und Logistik-Zentrum beenden.

### Rhynern muss grün bleiben

Unersättliche Stadt- und Verkehrsplaner blasen zum Halali auf die freie Landschaft rund um Rhynern. Südlich der bald 6-spurigen A2 drohen der Neubau der A 445 und neue nachtaktive Industriegebiete (vorrangig für Logistik). Noch mehr versiegelte Flächen, noch mehr LKW-Verkehr, noch mehr Gestank! Hochregallager zerstören das Landschaftsbild und das attraktive Naherholungsgebiet. Die "Trompetenlösung" für das Autobahnkreuz A2-A445 wird zum Mahnmal des Autowahns. Die Verlegung der Unnaer Straße (L 667) wird die Ortschaft Freiske "zerschneiden". Der Verkehr aus dem geplanten Logistikzentrum Weetfeld wird diese Route parallel zur A 2 nutzen, um die A 445 zu erreichen.

Die letzten Reste des Stadtgrüns entlang der Werler Straße stadteinwärts sollen weiteren Gewerbebauten geopfert werden.

Allgemein gilt: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine regionale Flächenpolitik: nicht jedes "Dorf" und jede "Stadt" muss die immer gleichen Gewerbe- und Industrieflächen vorhalten. Investitionen und Fördermittel sind gezielter einzusetzen und nicht durch die Parallelförderung zu "verplempern". Altstandorte sind vorrangig zu entwickeln. Reine LKW-orientierte Logistikstandorte lehnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab. Güter gehören wieder auf die Schiene! Eine angebotsorientierte Flächenbevorratung ist angesichts mangelnder Nachfrage und knapper Haushaltsmittel nicht mehr zeitgemäß.

### Vernünftig: LippeAUE statt LippeSEE

Die innenstadtnahe Lippeaue droht zum Tummelplatz überregionaler Freizeittouristen zu werden. Ruhige Erholung im Herzen der Stadt wird zum Auslaufmodell.

55,3 Mio. € sollen für eine "Pfütze" ausgegeben werden. Wertvolle Biotopie werden vernichtet. Entlang der Adenauerallee wachsen privilegierte Wohnsiedlungen aus dem Boden. Die "Attraktivität" der Freizeitznutzungen und des Gastronomieangebotes steht und fällt mit dem Engagement privater Investoren: die Stadt wird erpressbar. Rund um den geplanten LippeSEE werden die Grünflächen zugebaut (Adenauerallee, Rietzgartenviertel/ Altes Jahnbad, Sportplatz Hammonense, Sportplatz Borussia 09). Neue Straßen müssen gebaut werden: B 63n, Südumgehung Heessen, Kanaltrasse, A 445. Der LippeSEE wird zur Horrorvision: viel Geld für viel Verkehr, Lärm und Gestank!

Geld für die Pflege und den Erhalt bestehender Grünanlagen, für den Unterhalt bestehender Straßen, für die Sanierung von Schulen usw. fehlt.



**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wollen die ökologisch orientierte Entwicklung der Lippeaue. Das kostet weniger Geld, schützt wertvolle Biotope und sichert die ruhige Naherholung.

### **City stärken, Nahversorgung sichern**

Die Hammer City fällt immer mehr dem Leerstand-Virus zum Opfer. Besonders krass ist die Situation im Bahnhofsviertel: Horten und Kaufhalle stehen leer. Neue Ideen sind gefragt. Die Innenstadt als Zentrum der gesamten Stadt braucht dringend eine Frischzellenkur. Eine Diskussion um ein neues Leitbild, die Neudefinition der "Einkaufsstadt" sind längst überfällig. Die Stadt braucht wieder Urbanität. Dringend notwendig ist die Suche nach alternativen Nutzungen für die Cityrandlagen (Museumsquartier, Alte Feuerwache etc.). Wohnen in der Innenstadt ist zu fördern, ein Abriss der alten Kaufhäuser muss denkbar sein. Es geht um Qualität statt Quantität. Die Eigenarten der Innenstadt und ihrer Quartiere sind herauszuarbeiten (z.B. Fassadengestaltung, Schutz alter Gebäude). Der LippeSEE konterkariert die Bemühungen zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt. Das zusätzliche Angebot von Gastronomie-, Büro- und Dienstleistungsstandorten rund um den See führen zur Verlagerung und zu einem weiteren Verlust der innerstädtischen Attraktivität! Das Kommunale Einzelhandelskonzept hat uns Recht gegeben: um die Nahversorgung in den Stadtbezirken und Stadtteilen zu sichern, dürfen nicht immer neue und größere Discounter und SB-Märkte wie Pilze aus dem Boden schießen. Denn dafür verschwinden die kleinen, wohnortnahen Verbrauchermärkte, die auch ohne Auto und auch von Senioren einfach erreicht werden können. Klare Vorgaben seitens der Stadt bedeuten Planungssicherheit für Investoren und sichern die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger.

### **Altsiedlungen aufwerten**

Der Traum vom eigenen Heim auf der grünen Wiese hat zur sozialen Entmischung der traditionellen Wohnsiedlungen geführt. Bevölkerungsabnahme und Überalterung sowie die zunehmende "Ghettoisierung" verschärfen die Probleme und führen zu einer wachsenden sozialen Polarisierung in einer schrumpfenden Stadt. Hier wollen GRÜNE gegensteuern. Stadt und Wohnungsbaugesellschaften sowie andere Eigentümer müssen gemeinsam nach Alternativen suchen. Einerseits ist die Modernisierung des Bestandes weiterhin dringend notwendig. Andererseits ist ein Rückbau des Bestandes ernsthaft zu prüfen. Freigewordene Flächen im Siedlungsbestand können für Neubauprojekte (z.B. Mieteigenheime) in Abstimmung mit den Bewohnern entwickelt werden. Der Abwanderungsdruck ins Umland kann so verringert, die Attraktivität der Altsiedlungen erhöht werden.

### **Grün in der Stadt**

Die Park- und Ringanlagen, die vielen Grünflächen und Stadtbäume sind die grüne Lunge der Stadt. In den letzten Jahren hat die Stadt rigoros Geld gespart und einen enormen Investitionsstau produziert, um Geld z.B. für den LippeSEE freizuschaukeln. GRÜNE wollen endlich ein Pflege- und Sanierungskonzept für die bestehenden Grünanlagen, die Alleen und die vielen Stadtbäume. Gelder hierfür sind in den Haushalt einzustellen.

Eine zeitgemäße Baumschutzsatzung ist längst überfällig.

Das Waldentwicklungskonzept muss mit Leben gefüllt werden. Deswegen wollen wir ein finanziell abgesichertes Waldentwicklungsprogramm, um den Waldanteil verlässlich in den nächsten 10 Jahren zu verdoppeln.

### **Alte Straßen sanieren statt neue bauen**

Grüne Welle und Parkleitsystem sind reine Augenwischerei.



Neue Straßen helfen nicht gegen den drohenden Verkehrskollaps.

Der Straßenraum ist begrenzt und nicht unbegrenzt erweiterbar! Abhilfe schafft mittel- und langfristig nur ein geändertes Verhalten der Verkehrsmittelwahl. Der Umweltverbund mit Bus und Bahn, mit Rad und Fußgängern ist verstärkt zu fördern. Güter gehören wieder auf die Schiene.

Das Nahverkehrssystem bedarf einer radikalen Reform, um mit Schnellbuslinien, Stadtbahn und Ringverkehren in den Ortsteilen eine wirksame Alternative zum Auto bieten zu können. Der neue "Nahverkehrsplan" muss

qualitative und quantitative Verbesserungen im Angebot anbieten. Die Haltepunkte in Westtünnen und Selmigerheide sind vordringlich zu bauen. Die Verkehrs-Wende muss durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit beworben werden. Für den Unterhalt und die Sanierung bestehender Straßen und Radwege ist in den letzten fünf Jahren kaum noch Geld ausgegeben worden. Der Sanierungsstau muss abgebaut werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen alte Straßen sanieren, statt neue zu bauen. Die Liste der Versäumnisse ist lang: Wilhelmstraße, Alter Uentropfer Weg, Östingstraße, Langewanneweg, Borbergstraße ...



## **Wirtschaft und Beschäftigung - Nachhaltig und innovativ!**

Der Wirtschaftsstandort Hamm, jahrzehntelang ein verkehrspolitisch bedeutender Knotenpunkt im Herzen Europas, läuft Gefahr, infolge von Standortverlagerungen, Strukturwandel und Kaufkraftverlust noch weiter an Bedeutung zu verlieren.

Die GRÜNEN wollen eine wirtschaftlich starke und ökologisch intakte Stadt, in der Menschen gerne und gesund arbeiten, lernen und leben. Gerade in einer Zeit, in der alle von "Globalisierung" reden, ist es uns wichtig, die Wirtschaft in unserer Stadt im Sinne sozial-ökologischer Verantwortung zu fördern und zu stärken. Wir verkennen nicht, dass unter den vorgegebenen Rahmenbedingungen nur ein eingeschränkter kommunaler Handlungsspielraum verbleibt. Diesen wollen wir für unsere Stadt, für unsere BürgerInnen, für ein lebens- und liebenswertes Hamm nutzen.

Wirtschaftsinteressen und Ökologie sind kein unauflösbarer Widerspruch, dieses stellen wir unter Beweis durch:

### **Neue Konzepte einer nachhaltigen Wirtschaftsförderung**

GRÜNE legen Wert auf eine Wirtschaftsförderung, die versteht und berücksichtigt, dass "weiche Standortfaktoren" bei der Ansiedlung von Unternehmen heute den gleichen Stellenwert wie "harte Standortfaktoren" haben. "Weiche Standortfaktoren" sind:

- Schaffung von lebenswertem Wohnraum
- attraktive Kulturprojekte
- Erhaltung der Natur sowie die Erweiterung von Naturschutzgebieten
- attraktiver ÖPNV
- Schaffung und Förderung einer verbesserten Unternehmens- und Unternehmenskultur

- Förderung von Bildung
- Schaffung von "Wissen- und Kompetenz-Centern" z.B. im Bereich Technologie und Gesundheit
- die optimale Verbindung von Familie und Beruf

### **Bestandspflege und Mittelstand**

GRÜNE stehen zur heimischen Industrie. Wir sind aber darauf bedacht, dass jegliche industrielle Produktion zu den geringsten Lärm- und Schadstoffemissionen führt. Rohstoffverwendung und Produktionsverfahren sollen ressourcenschonend erfolgen und die Wiederverwertung und Entsorgung muss gesichert sein.

Ohne gesunde Strukturen im Mittelstand wird es nicht zu gerechter Verteilung von Arbeit und Ertrag kommen und somit auch nicht zum Abbau von Arbeitslosigkeit. Zwei von drei neuen Arbeitsplätzen entstehen in kleinen und mittleren Unternehmen. Auch bei den Lehrstellen liegt der Mittelstand vorn: vier von fünf jungen Menschen erhalten dort die Chance, eine Ausbildung zu machen. In kleineren Unternehmen werden innovative Produkte und Dienstleistungen entwickelt und Zukunftsmärkte erschlossen. Bei aller Freude über die wenigen Neuansiedlungen einiger "Großer" ist der dadurch erreichte beschäftigungspolitische Effekt, gemessen an dem realen Beschäftigungsrückgang im gleichen Zeitraum, nur marginal.

Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung muss sich wieder mehr auf die Bedarfe und konkreten Anforderungen der ansässigen heimischen Unternehmen konzentrieren und diesen Hilfestellungen anbieten. Die hierin liegenden Chancen für unsere Stadt sind noch längst nicht erkannt und angepackt. Notwendig ist eine moderne Mittelstandsförderung und eine eindeutige, veränderte Schwerpunktsetzung zur Sicherung und Weiterentwicklung des örtlichen Unternehmensbestandes.



Diese Unternehmen brauchen kompetente Ansprechpartner und konkrete Unterstützung durch die Wirtschaftsförderungs GmbH. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sind aufgrund fehlender materieller und ideeller Ressourcen kaum in der Lage, aus eigener Kraft dem rasanten Veränderungsprozess standzuhalten oder ihr innovatives Potential zu nutzen. Überkommenes Rollenverständnis und oftmals ungenügende Nutzung der Kompetenzen der MitarbeiterInnen verhindern notwendige, zukunftsorientierte betriebliche Veränderungen. Notwendig ist eine verstärkte Beratung, Begleitung und Förderung von betrieblichen Umstrukturierungsprozessen. Unterstützung brauchen die Unternehmen bei der Entwicklung und Einführung neuer Produkte sowie bei der Orientierung und Positionierung auf den zukünftigen Märkten. Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung muss Unternehmensverbände, die Entwicklung neuer Kompetenzen und regionaler Kooperationen fördern und initiieren. Technologischer Wandel, Einführung der modernen Informations- Telekommunikationstechnologien machen Veränderungen der Arbeitsorganisation notwendig und stellen neue Anforderungen an die Qualifizierung der MitarbeiterInnen. Hier muss die Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung gezielt ansetzen und mit Hilfe der Instrumente der präventiven Arbeitsmarktpolitik das betriebliche Know How und damit Arbeitsplätze sichern.

### **Einzelhandel und Ladenleerstände**

Die Folgen einer undifferenzierten kommunalpolitischen Wirtschaftspolitik sind besonders an den Ladenleerständen in der Innenstadt erkennbar. Der lange Zeit als selbstverständlich erachtete Gleichschritt zwischen Innenstadt- und Handelsentwicklung gerät zunehmend aus dem Rhythmus. Die Originalität und Vielfalt unserer Stadt, die sich durch eine Vielzahl von örtlichen Einzelhandelsunternehmen, Gast-

stätten und weiteren Dienstleistungen auszeichnet, geht immer mehr verloren. An peripheren Standorten entstanden Einkaufszentren ohne eine Gesamtsteuerung im Auge zu haben. Der Strukturwandel wird dadurch verstärkt, dass sich traditionelle Einzelhändler zurückziehen und die Filialisierung der Innenstadt zunimmt. Mit sichtbaren Folgen: Die Individualität des Einzelhandels geht zurück, Ladenleerstände prägen das Bild, die Kundenfrequenz auf den Straßen der Innenstadt und den Stadtteilzentren nimmt ab und Laufwege verändern sich. Mit dem Einzelhandelskonzept ist ein wichtiger, konzeptioneller Schritt in die richtige Richtung getan worden. Jedoch muss dieses Konzept mehr wert sein als das Papier auf dem es steht. Es muss eingehalten werden und sich gegen jeglichen Lobbyismus behaupten.

Ein weiterer Schritt in die richtige Richtung, der von uns GRÜNEN unterstützt wird, ist die Schaffung von Business Improvement Districts, kurz BID genannt.

Ein BID ist ein räumlich begrenzter städtischer Bereich, in dem sich Grundeigentümer und Gewerbetreibende zusammenschließen, um ein sicheres, einladendes und prosperierendes Quartier für Gewerbetreibende, Eigentümer, Bewohner und Kunden zu schaffen. Individuelle Projekte und Maßnahmen des BIDs werden örtlich festgelegt, wie z.B. Ladenleerstandsmanagement, Wirtschaftsförderung, Stadtentwicklung und -gestaltung.

### **Reaktivierung vorhandener Gewerbeflächen**

Bei der zukünftigen Mobilisierung von Gewerbe- und Industrieflächen liegt für GRÜNE die oberste Priorität in der Reaktivierung der Industriebrachen sowie der Mobilisierung bereits ausgewiesener Reserveflächen. Hamm verfügt über ein erhebliches Potential sofort nutzbarer erschlossener Gewerbe- und Industrieflächen sowie weiterer kurz- und mittelfristig mobilisierbarer Reserveflächen.



Entsprechend der Nachfrage nach kleinteiligen und stadtnahen Gewerbeflächen für ansässige Unternehmen stehen damit in den nächsten Jahren ausreichend Gewerbe- und Industrie- flächen bereit. Statt in Sonntagsreden die Zerstörung der Weetfelder Landschaft als Notwendigkeit zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme zu predigen, sollten die vorhandenen Gewerbeflächen nutzbar gemacht und vorrangig angeboten werden. Hamm darf auch nicht jedem bereits vorbeifahrenden Zug (Logistik) hinterherlaufen, sondern muss in die Förderung und Entwicklung ansässiger kleiner und mittlerer Betriebe investieren. Deren Sorgen, Ideen und Beschwerden müssen stärker in den Mittelpunkt der Arbeit der Wirtschaftsförderung rücken.

Für uns hat die Entwicklung eines mittel- und langfristig, ökologisch orientierten Gewerbeflächen- und Standortkonzeptes hohe Priorität.

### **Existenzgründungen**

Die Förderung von Existenzgründung kann zusätzliche Impulse für den sich verändernden und erneuernden Wirtschaftsstandort Hamm geben. Die bestehende Existenzgründungs- förderung ist weiter auszubauen. Die Möglich- keiten für Existenzgründung müssen umfas- send verbessert werden. Das Beratungs- angebot, die Qualifikationsförderung und die Schaffung eines echten Risikokapitalmarktes sind dabei zentrale Aufgaben. Entgegen der derzeitigen Praxis bei der Prüfung von Kredit- anfragen soll die Bereitstellung des Risiko- kapital in den Fällen schnell möglich werden, wenn die Abschätzung des wirtschaftlichen Erfolges positiv erscheint. Die Stadt bzw. der Rat müssen hierbei ihren Einfluss v.a. bei den ansässigen Kreditinstituten geltend machen.

### **Regionale Direktvermarktung "Grünes Kaufhaus"**

Wir GRÜNE setzen auf einen Ausbau der regionalen Direktvermarktung, weil sich mit ihr

auch neue Perspektiven zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in Hamm und Umgebung entwickeln. Gleichzeitig kann dadurch der Umwelt- und Naturschutz erheb- lich verbessert werden. Die Nachfrage nach gesunden und hochwertigen Nahrungsmitteln und ein gewachsenes Gesundheitsbewusstsein der Menschen eröffnen (alte) neue Wege der Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Kurze Transportwege sorgen für frische Pro- dukte mit hoher Qualität und zugleich hoher Umweltverträglichkeit. Wir setzen uns, gegen alle Widerstände, weiter für die Errichtung eines "Grünen Kaufhauses" in Hamm ein.

### **Chancengleichheit**

Frauen stehen noch immer einer strukturkonservativen Wirtschafts-, Verwal- tungs- und Unternehmenskultur gegenüber, die ihnen den Zugang zu Positionen versperrt, für die sie qualifiziert und leistungsfähig sind. BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN streben eine Gesellschaft an, in der sowohl die Arbeit im Beruf als auch die unbezahlte Haus- und Familienarbeit zwischen Männer und Frauen gleich verteilt ist. Aufgabe der Wirtschafts- förderung muss es auch sein, in diesem Bereich bestehende Hemmnisse und Vorurteile für Frauen und Männer abzubauen zu helfen. Der Zugang von Frauen zu qualifizierten und ihren Leistungen entsprechenden Positionen muss gewährleistet werden. Frauenförderung und die Unterstützung von Beschäftigungs- initiativen muss integraler Bestandteil von Wirtschaftsförderung werden.

### **MigrantInnen**

Aktive Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik muss stärker als bisher auch auf diesen Per- sonenkreis ausgerichtet werden. Bei Quali- fizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen sind Konzepte zu entwickeln und umzusetzen, die diese Hintergründe berücksichtigen.



Kommunale Wirtschaftspolitik muss sich der Herausforderung stellen, selbstständige EinwanderInnen als Zielgruppe zu betreuen. Sie sind eine wichtige Stütze und Bereicherung für die kommunale Wirtschaftsstruktur. Selbst in den klassischen Nischenbereichen wie Gastronomie und Einzelhandel sind sie auf deutsche Kunden angewiesen, wenn sie am Markt erfolgreich existieren wollen. Die positiven ökonomischen und gesellschaftspolitischen Beiträge der selbstständigen EinwanderInnen, wie Aufrechterhaltung der Nahversorgung, Bereicherung der Angebotsstruktur, Entlastung des Arbeitsmarktes und der Sozialkassen, Förderung des interkulturellen Austausches und stärkere Identifikation mit der eigenen Stadt, müssen als integraler Bestandteil von Gründungs- und Mittelstandsoffensiven wahrgenommen werden. Unternehmer mit Migrationshintergrund sind zu beraten und zu begleiten, ihre Verankerung in die regionalen Wirtschaftsstrukturen ist zu fördern. Eine breit getragene kommunale Wirtschaftspolitik muss auch das Gründungs- und Wirtschaftspotential der MigrantInnenbevölkerung ansprechen und aktiv begleiten können. Damit die eingesetzten Ressourcen auch zu erfolgreichen Existenzgründungen führen, müssen die gründungswilligen MigrantInnen sich den Anforderungen eines komplexen und formalisierten wirtschaftlichen Umfeldes gewachsen zeigen können.

### **Ökologie**

Es sollte zur Pflichtaufgabe der kommunalen Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung werden, die ansässigen Unternehmen dabei zu unterstützen, nachhaltiges Wirtschaften im betrieblichen Alltag ernst zu nehmen, die darin liegenden Chancen zu erkennen und umzusetzen. Auf Dauer werden sich nur zukunftsfähige Verfahren, Produkte und Dienstleistungen am Markt behaupten können. Erste zaghafte Schritte in die richtige Richtung wie z.B. gesteuerter Ökoaudit-Runden oder das

Ökozentrum NRW auf der ehemaligen Zechenbrache Sachsen sind gut gemeint, reichen aber bei weitem nicht aus. Die Möglichkeiten bzw. das Potenzial, das in der Förderung und Ansiedlung von Unternehmen der Zukunftstechnologie-Branche liegt, muss erkannt und in der Stadt Hamm gefördert werden, so z.B. der Sektor der erneuerbaren Energien, der bereits jetzt mehr Arbeitsplätze zur Verfügung stellt als die gesamte Atom- oder Kohleindustrie zusammen.

### **Beschäftigungspolitik**

Für Menschen, die durch den Strukturwandel ihren Arbeitsplatz verlieren, tragen Politik und Unternehmen gleichermaßen Verantwortung. Wir wollen uns dieser Verantwortung stellen und wollen im Rahmen unserer Möglichkeiten zum Aufbau neuer Tätigkeit und Geschäftsfelder beitragen und somit neue Arbeitsplätze schaffen bzw. ansiedeln. Auch Hamm muss zu der Einsicht kommen, dass Arbeitsplätze in größerer Zahl nur noch da entstehen, wo in den ökologischen Strukturwandel investiert wird. Zukunftschancen bestehen besonders in den Bereichen Medien, Gesundheit, neue Energieträger und neue Werkstoffe und nicht zuletzt in der Umwelt- und Verkehrstechnik und entsprechenden Dienstleistungen. Der aktiven Beschäftigungsförderung muss seitens der Stadt oberste Priorität eingeräumt werden. Alle vorhandenen Handlungsspielräume sind dabei offensiv zu nutzen. Die bereits bestehende Auswegberatung im Sozialhilfereich ist i.S. von Beschäftigungsförderung weiter auszubauen. Bereits laufende bewährte Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen mit hohen Vermittlungsquoten in den Arbeitsmarkt sind fortzuführen und zusätzliche Maßnahmen einzurichten. Aktive kommunale Beschäftigungsförderung erfordert eine breit angelegte Arbeitsmarktpolitik, so sind z.B. stadtteilorientierte und Selbsthilfeprojekte auszubauen und in diesem Sinne zu fördern.



## Umwelt, Natur, Ökologische Landwirtschaft

### Für gesunde Vielfalt anstelle asphaltgrauen Einerleis

Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ist Verpflichtung für unser politisches Handeln und entzieht sich den Kalkülen von Leistungsbilanzen im Vierjahresrhythmus.

Die letzten 5 Jahre haben gerade im Bereich Natur- und Umweltschutz in Hamm zu einer "Kehrtwende" geführt: "Wachstumsperspektiven" sind allein durch die zunehmende Ausweisung und Inanspruchnahme von Flächen für Wohnen, Gewerbe und v.a. Logistik und Verkehr "entwickelt" worden.

Das "Waldentwicklungskonzept" hat ohne finanzielle Ausstattung nur Alibifunktion. Trotzdem dient es schon jetzt den Regierenden als möglicher Ausgleichspool für die Versiegelung des Weetfeldes, Süd-Rhynerns und für viele andere flächenfressende Projekte. Selbst die Lippeaue als europäisches Schutzgebiet wird durch die Maßnahmen des Masterplans "Hamm ans Wasser" für eine stärkere Freizeitnutzung ins Visier genommen. Leid-Projekt ist der LippeSEE, der ein intaktes Naherholungs- und wertvolles Naturgebiet "ertränken" soll. Der Ausbau des Umweltverbundes ist zugunsten der "Autovorrangpolitik" gestoppt worden.

GRÜNE fordern deshalb auch weiterhin:

- Eine weitere Versiegelung natürlicher bzw. landwirtschaftlicher Flächen für Wohnsiedlungen, Straßenneubau und Gewerbegebiete muss unterbleiben. Es stehen genügend ausgewiesene Flächen zur Verfügung. Der Anteil der versiegelten Fläche an der Gesamtfläche der Stadt soll sich nicht weiter erhöhen. Denkbar muss sein, bisher genutzte Flächen aus der Nutzung herauszunehmen.

- Die weitere Zerschneidung der Landschaft durch unsinnige Straßenneubauten lehnen wir ab.
- Die geringen Waldflächen in Hamm müssen sinnvoll und zügig durch Aufforstungen ergänzt werden. Das Waldentwicklungskonzept muss als Waldentwicklungsprogramm mit finanziellen Mitteln ausgestattet und umgesetzt werden. Bis 2010 ist der Waldanteil in Hamm zu verdoppeln. Wo möglich, sind die Waldflächen als Naturwald zu entwickeln.
- LippeAUE statt LippeSEE: Der LippeSEE darf nicht gebaut werden. Das Lippeauen-Programm muss umgesetzt werden. Die Freizeitnutzung soll auf bestimmte Gebiete beschränkt und die Einhaltung der rechtlichen Regelungen überwacht werden.
- Die beschlossenen Landschaftspläne sind umzusetzen.
- Eine Biologische Station in Verbindung mit einem Institut des angewandten Naturschutzes ist einzurichten.
- Die innerstädtischen Grünanlagen, Alleen und Bäume sind zu pflegen und zu erhalten. Es müssen ausreichend Mittel und Personal für den Unterhalt bzw. – wo notwendig – für den Ersatz bereit gestellt werden.
- Eine wirksame Baumschutzsatzung ist überfällig!
- Ökologische Ausgleichsmaßnahmen in innerstädtischen Bebauungsplänen sind verlässlich durchzuführen.
- Die Abfallwirtschaft in Hamm befindet sich auf dem Stand der frühen achtziger Jahre, sie ist mit der unsortierten Müllverbrennung nicht zukunftsfähig. Wir fordern seit langem ein Konzept, das neben konsequenter Müllvermeidung, flächendeckender Kompostierung und Abfalltrennung den Ausstieg aus der teuren und schädlichen Verbrennung auch in Hamm in den nächsten Jahren möglich macht.



- Die immer stärkere Nutzung von (alten) Kraftwerken als "Müllverbrennungsanlage" lehnen wir ab.
- Öffentliche und private Energiesparmaßnahmen müssen weiter angeregt und unterstützt werden, durch preiswerte Angebote für regenerative Energien durch die Stadtwerke Hamm GmbH.
- Gemeinschaftsinitiativen zum ökologischen Umbau der Stadt bedürfen der Unterstützung durch Rat und Verwaltung. Umweltgruppen/-verbände und engagierte Einzelpersonen in Hamm müssen in ihrer Arbeit gefördert werden. Der langfristige Nutzen ökologischer Politik muss stärker und offensiver propagiert werden!
- Der Umbau der Landwirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz. Es bedarf eines Wandels von einer industrieähnlichen Massenproduktion auf eine Kreislaufwirtschaft im ökologischen Landbau. Dies bedeutet:
  - biologische Landbewirtschaftung ohne Anbau von genveränderten Pflanzen,
  - artgerechte Tierhaltung und
  - regionale Vermarktung der erzeugten Lebensmittel (Grünes Kaufhaus)
  - Schaffung von Arbeitsplätzen.



## Soziale Sicherung ist Grundlage einer demokratischen Gesellschaft

Wichtige Grundlage eines friedlichen und gedeihlichen Zusammenlebens in einem Gemeinwesen ist Solidarität. Auch die kommunale Politik ist verpflichtet, ein Klima zu erhalten, in dem nicht die schrankenlose Konkurrenz zählt, sondern gegenseitige Anerkennung und Hilfe im Mittelpunkt stehen. Nur so kann der Zusammenhalt der Gesellschaft gewährleistet werden.

Zentrales Element aktiver Sozialpolitik in einer Kommune ist die Sicherstellung einer vielfältigen sozialen Infrastruktur. Beratungsstellen, Jugendzentren, Freizeit- und Betreuungsangebote, Selbsthilfe- und Schulungseinrichtungen sind wichtige Bausteine, um gegenseitiger Unterstützung und Selbstbestimmung ein Tor zu öffnen. Gerade in diesem Bereich hat sich eine Fülle von Eigeninitiativen und selbstverantwortlichen Trägern herausgebildet. Sie zu stärken und zu unterstützen ist Bestandteil GRÜNER Sozialpolitik.

Neben der Erfüllung der kommunalen Pflichtaufgaben geht es BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN darum, Spielräume in der Sozialpolitik zu erhalten, um das Eigenengagement durch freiwillige kommunale Unterstützungsleistungen (fachlich wie materiell) anzuerkennen und zu fördern.

GRÜNE setzen sich dafür ein, die kommunale Wohnungsnotfallhilfe langfristig abzusichern. Die Stadt Hamm soll einen langfristigen Vertrag mit den Trägern der Wohnungsnotfallhilfe abschließen. Das Prinzip der Sozialraumorientierung ist vorrangig zu berücksichtigen. Die kostendeckende Finanzierung des kommunalen Behindertenfahrdienstes ist eine Voraussetzung für eine adäquate Partizipation von gehbehinderten Menschen. Deshalb setzen

wir uns in der nächsten Wahlperiode für eine kostendeckende Finanzierung des Behindertenfahrdienstes ein.

In einer Stadt mit hohem Migrationsanteil muss kommunale Sozialpolitik sich auf spezifische Anforderungen einstellen. Integrationsfördernde Sprachkurse müssen frühzeitig und wohnortnah einsetzen und die Lebenswirklichkeit berücksichtigen. Kooperation und Vernetzung der zahlreichen Projektträger und Maßnahmen sind anzustreben. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Familienhebammen für unterschiedliche Migrantengruppen eingesetzt werden.

GRÜNE werden sich auch weithin für die finanzielle Absicherung der kommunalen Suchthilfeeinrichtungen einsetzen. Die Stadt Hamm muss auch in unserer Kommune Gesundheitsräume zulassen. Wir wollen eine langfristige Finanzierung z. B. der AIDS-Hilfe und anderer wichtiger Organisationen sicherstellen.

BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN ist die Partei der Generationengerechtigkeit. Deshalb wollen wir in der kommenden Wahlperiode für eine verstärkte Partizipation von Senioren sorgen. Die kommunale Gesundheits- und Pflegekonferenz, die die Arbeit im Bereich des Gesundheitswesens koordinieren, abstimmen und vernetzen soll, muss deutlichere Impulse geben.

BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN fordern flexiblere und dezentralere Strukturen. Soziale Dienste müssen für die Bürger einfach und schnell erreichbar sein.

Eine Zentralisierung von Ämtern und anderen öffentlichen Einrichtungen lehnen wir ab. Alle öffentlichen Einrichtungen müssen behindertengerecht ausgebaut werden. Es muss das Prinzip des schrankenlosen Zugangs gelten.



## Schule für morgen gestalten

### Schulräume sanieren

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Sanierungsstau in den Schulen weiter auflösen. Wir fordern deshalb Klarheit über den tatsächlichen Renovierungs- und Sanierungsbedarf an den Schulgebäuden (inklusive der Turnhallen und Lernschwimmbecken). Ebenso fehlt eine verlässliche Übersicht über die erfolgten bzw. noch ausstehenden Untersuchungen hinsichtlich der Schadstoffbelastung in den Hammer Schulen. Darüber hinaus muss der Zustand der (Behelfs-)Pavillons und das Ende dieser Nutzung offen gelegt werden. Das Schulentwicklungsprogramm ist dringend an den neuen Anforderungen auszurichten und entsprechend zu aktualisieren.

### Schulen modern ausstatten

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen modern ausgestattete Schulen, die den zahlreichen Anforderungen an die neue Qualität der Bildung gerecht werden. Notwendig ist deshalb ein Überblick über die Ausstattungsnotwendigkeiten (auch baulich-technischer Natur) und ein umsetzbares Ausstattungskonzept. Zu berücksichtigen ist dabei auch der notwendige Personalbedarf: denn Computernetzwerke beispielsweise warten sich nicht alleine.

### Schule und Bildung auf dem Weg in die Zukunft

Neben der rein materiellen Ausstattung der Schulen ist die konzeptionelle und inhaltliche Weiterentwicklung des Bildungsstandortes Hamm wichtig. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb die verbindliche Entwicklung und Vorgabe von Qualitätsstandards im Rahmen der "Offenen Ganztagschule".

Das Projekt "Selbstständige Schule" muss durch die weiterführende Vernetzung auch

freier Träger stärker unterstützt werden. Hierbei gilt es, aktuelle Probleme und Anforderungen, wie "Gewalt an Schulen", Drogenprophylaxe, Integration zusammen mit "externen" Partnern zu begegnen.

### Schulleben leben

Die Weiterentwicklung der Schulkonzepte z.B. im Rahmen der "Selbstständigen Schule" muss die stärkere Mitbestimmung der SchülerInnen berücksichtigen. Die Motivation, sich an Schulprojekten (z.B. Streitschlichtung, Schüler helfen Schülern) zu beteiligen, muss gefördert werden. Das Angebot der Ganztagschule sollte für eine vertiefende Vermittlung des Lernstoffes und für weitere Hilfestellungen (z.B. Hausaufgabenhilfe) genutzt werden.

### Elternarbeit verstärken

Schule allein kann den Erziehungsauftrag nicht erfüllen. Auch Ganztagsangebote können nicht die Verantwortung der Eltern am "Erziehungsprozess" ersetzen. Wir GRÜNE unterstützen den einsetzenden Prozess der ELTERNSCHULE. Im Rahmen der Schulverwaltung sind die Eltern (und Schüler) stärker als bisher in die Gestaltung des Schullebens verantwortlich einzu beziehen.

### Sichere Schulwege

Der Kinderunfallbericht hat die Notwendigkeit der Schulwegsicherung verdeutlicht. Die Stadt Hamm ist auf einem guten Weg. Erste Maßnahmen sind in der Planung bzw. schon umgesetzt. Dennoch besteht auch weiterhin Handlungsbedarf, sowohl in baulichen Maßnahmen als auch in der Bewusstseins- und Bildungsarbeit. In Zusammenarbeit mit Eltern, Kindern und Lehrern sind weitere Sicherungsmaßnahmen im Umfeld der Schulen aufzuzeigen und zeitnah abzuarbeiten.



## **Vielfalt für die Zukunft**

Eine kinder- und jugendfreundliche Umwelt zu schaffen und zu erhalten, ist eine der wichtigsten Aufgaben GRÜNER Politik in Hamm. Die Stadt Hamm muss Rahmenbedingungen bieten, damit Kinder und Jugendliche sicher leben und unter günstigen Entwicklungsbedingungen aufwachsen können.

### **Stadtteile für Kinder und Jugendliche**

Die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen ist der Stadtteil. Während Verwaltung und Kommune in Sachstrukturen und "großen Zusammenhängen" denken und handeln, können sie oft nicht zum Wohle der kleinräumigen Lebenswelten handeln. Stadtteilarbeit und BürgerInnenorientierung weisen konzeptionell den Weg, der in einzelnen Stadtteilen und von einzelnen Einrichtungen schon beschritten wird. Hier können BürgerInnen wieder zur Selbsthilfe und zur Übernahme von Verantwortung motiviert werden, können stabile Nachbarschaften gepflegt werden. Hier können sich auch Kinder und Jugendliche wohlfühlen und ihren Platz finden.

### **Professionelle Beratung und Unterstützung**

Durch eine konsequente Begleitung von Eltern von der Schwangerschaft über die Zeit nach der Geburt bis zum Hineinwachsen der Kinder in Kindergarten und Schule muss ein breites Beratungs-, Begleitungs- und Unterstützungsangebot bestehen. Es ist zu spät, wenn Entwicklungsdefizite erst in den Kindertageseinrichtungen und in der Schule auffallen. Professionell arbeitende und kooperierende öffentliche Einrichtungen (z.B. Jugendzentren, Streetworker, Elternschule) können Eltern Hilfestellungen anbieten und Kindern und Jugendlichen den Raum geben, den sie zu einer gedeihlichen Entwicklung brauchen. Eigenverantwortung und demokratische Beteiligung von Kindesbeinen an!

Kinder und Jugendliche sollen nach Ansicht der GRÜNEN an allen sie betreffenden Fragen beteiligt werden. Nur wer frühzeitig lernt, seine Meinung zu äußern, mitzuentcheiden und die Verantwortung für sein Handeln zu tragen, kann als Erwachsener eine demokratische und gerechte Gesellschaft mitgestalten.

### **Jugendliche in Ausbildung und Arbeit!**

Für Jugendliche entscheidet sich die Zukunft vor allem an der Frage, welche Ausbildungsmöglichkeiten sie haben und ob sie einen attraktiven Beruf finden. Auch wenn die politischen Möglichkeiten einer Kommune begrenzt sind, etwas zu verbessern, sollten vorhandene Möglichkeiten noch intensiver ausgeschöpft werden und damit auch Impulse für die freie Wirtschaft gegeben werden.

### **Ressourcen besser nutzen!**

Der städtische Haushalt wird derzeit über Gebühr strapaziert. Schulden gehen zu Lasten unserer Kinder. Eine soziale Stadt kann Sozialleistungen nicht addieren. Es muss hinterfragt werden, welche Maßnahmen, Einrichtungen und Institutionen nicht mehr zeitgemäß sind. Gerade der Kinder- und Jugendbereich wird ständig mit neuen Aufgaben konfrontiert. Deshalb ist Flexibilität notwendig, um die zunehmenden Sozialaufgaben erbringen zu können. Das bedeutet konkret:

- keine Einsparungen im Kinder- und Jugendbereich, sondern flexible Umsteuerung und Umgestaltung von Angeboten und Maßnahmen
- Erhalt der Angebote im Bereich der Jugendzentren
- stadtteilorientierte, wohnortnahe Beratung und Betreuung von Schwangeren und jungen Familien
- frühzeitige Hilfen in Familienkrisen zur Verhinderung von Gewalt und Vernachlässigung von Kindern



- Einrichtung einer Notschlafstelle für Kinder- und Jugendliche in Notsituationen
- Ausbau der Familienhilfe und Erhöhung der Mittel für die sozial-pädagogische Familienhilfe
- ausreichende Fortbildungs- und Supervisionsmittel für die mit Kindern und Jugendlichen arbeitenden Profis
- Förderung der Beteiligung und Mitbestimmung
- genügend Spiel- und Freiflächen mit hohem Erlebniswert, insbesondere Skateranlagen, (Abenteuer-) Spielplätze, Bolz- und Basketballflächen und Hüttentreffs für Kinder und Jugendliche
- Erhalt der Fördermöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in Vereinen und Kultureinrichtungen
- aktive politische Einflussnahme auf Land, Bund und Wirtschaft für Ausbildungs- und Arbeitsplätze
- Förderung und Unterstützung stadtteilorientierter Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte
- dass die Kommune und ihre Tochtergesellschaften über den Bedarf Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen
- Schulräume lern- und lebensfreundlich gestalten
- Stadtteil- und Sozialraumorientierung von Jugendhilfe und Sozialarbeit (z.B. Streetworker für die einzelnen Stadtteile)
- Einrichtung von Stadtteilarbeitskreisen und Schaffung eines Stadtteilbudgets.



## Hamm - Stadt des Sports

Viele Vereine bieten in fast allen Sportarten neben Leistungssport auch eine aktive Breitensportabteilung an. Trendsportarten wie Inlineskating, Skateboarding, Beach-Volleyball und Streetball finden regen Zulauf. Auch klassische Sportarten wie Faustball, Rollhockey oder Wasserball haben in Hamm eine starke Heimat. Neben den Vereinen hat sich auch der vereinsungebundene Freizeitsport etabliert. Ob Lauftreffs, Fahrradtouren – Hamm bietet eine attraktive Vielfalt.

Gerade weil Sport eine hohe gesellschaftliche und gesundheitliche Bedeutung genießt, muss v.a. der Jugend- und Breitensport gefördert werden.

Auch vereinsungebundene Aktivitäten müssen durch die Schaffung bzw. den Erhalt von Bewegungsräumen unterstützt werden. Freie Spielgelegenheiten für jung und alt im unmittelbaren Wohnumfeld mit möglichst einfachen Mitteln sollen geschaffen werden. Die Vernetzung von Kultur, Bildung, Sport und Erholung ist zu fördern.

### Alte Versprechen einlösen

Die Umgestaltung der alten Freibadflächen in Hövel, Heessen, im Hammer Westen (Germania) aber auch im Hammer Osten (Jahnbad) für die Freizeitnutzung ist endlich umzusetzen. Die alten Flächen dürfen nicht nur zur Finanzierung des Maximare "in Wert" gesetzt werden!

### Sport verbindet

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Sportvereine fördern, die sich bei der Jugend- bzw. Integrationsarbeit engagieren.

### Hamm-Olympiade

Hamm ist eine Stadt des Sports. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine "Hamm-Olympiade", ein Sportfest der besonderen Art, damit sich Hammer Sportlerinnen im fairen Wettkampf messen und die Vereine für "ihr" Sportangebot werben können.

### Sport braucht sichere Absprachen

Die Sportvereine tragen eine hohe Verantwortung für die Nutzung der Turnhallen. Die Verantwortlichkeiten zwischen Stadt Hamm und den Vereinen muss bei der Übertragung der Schlüsselgewalt bei (abendlicher) Nutzung der Turnhallen vertraglich gesichert werden.

### Schulsport statt Größenwahn

Die Vision bzw. Option einer Großsporthalle an der Konrad-Ade-nauer-Realschule in Rhynern hat den Bau der für den Schulsport notwendigen Sporthalle verzögert. Die Finanzierung ist mittlerweile nur noch über städtische Eigenmittel möglich. Für die Option der Großsporthalle wird 1 Mio. € zusätzlich verbaut – Geld, das für die Außensportanlage der Schule fehlt! BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Schulsporthalle und die gleichzeitige Anlage der Außensportanlage.



## Kultur ist Lebensqualität

### Standorte brauchen Profil

Was in verschiedenen Veranstaltungs-räumen angeboten wird, darf nicht dem organisatorischen Zufall überlassen bleiben. Die Kulturinteressierten sollen mit bestimmten Orten bestimmte Veranstaltungsreihen und -angebote verbinden können. Die Atmosphäre der Räume muss zum Angebot passen.

### Räume brauchen Veranstaltungen

In den letzten Jahren sind drei weitere Veranstaltungsräume hinzugekommen: das neue "Kurhaus", die erneuerte Alfred-Fischer-Halle, der Kulturbahnhof. Damit sie keine Investitionsruine werden, müssen sie mit Leben gefüllt werden. Eine Umverteilung des Veranstaltungskontingents reicht nicht.

### Bewährtes braucht Weiterentwicklung

Die *Kulturzentren* Oberonstraße und Radbod sind im Hinblick auf neue und unverwechselbare Angebote und auf die Stadtteile hin weiter zu entwickeln.

Die *Stadtbibliothek* benötigt mittelfristig einen Erweiterungsbau am jetzigen Standort. Der Stadtteil Pelkum wartet weiterhin auf eine Bibliotheksversorgung!

Dem *Kunstverein* muss bei der Suche nach einem neuen, öffentlichkeitswirksamen Ausstellungsort für seine Aktivitäten geholfen werden. Es sind die Räume des "Technischen Rathauses" bzw. des Kulturbahnhofs zu prüfen.

Der *KlassikSommer* braucht noch mehr Profil im regionalen Konzert der Angebote!

Der *KunstDünger* als beliebtes Sommerprogramm soll seinen Umfang behalten und sich auf die Stadtmitte konzentrieren.

### Das Museum braucht neuen Schwung

Das Museum muss noch mehr auf die BürgerInnen zugehen z.B. durch Ausstellungen außerhalb des eigenen Gebäudes (Ladenlokale,

Schulen, Seniorenzentren, durch Einrichtung einer Artothek). Der Besuch des Museums muss weiter erleichtert werden, durch neue Formen der Werbung, durch freien Eintritt für Personen unter 18 Jahren, durch Teilnahme an Aktionen wie der "Langen Nacht". Neue ökonomische Wege sind zu prüfen (Betriebs-GmbH mit anderen Museen, langfristige Sponsoren-Partnerschaft, Ausschöpfen der Möglichkeiten des eigenen Magazins).

### Hammer Künstler brauchen Chancen

Hammer beherbergt eine Vielzahl von Künstlern verschiedenster Sparten. Sie leisten einen Beitrag zu einer offenen, farbigen, lebenswerten Stadt. Dazu brauchen sie öffentliche Aufträge, Arbeits-, Probe- und Präsentationsmöglichkeiten. Künstlerische Aufträge (z.B. Gestaltung des Kurparks) sind für Künstler aus Hamm und Umgebung auszuschreiben. Hammer Bands suchen immer noch weitere geeignete Proberäume. Hammer Schüler-Theatergruppen kann bei Aufführungen logistisch geholfen werden. Kulturarbeit ist auch Integrationsarbeit zum Zusammenführen von Menschen verschiedener Herkunft. Der kulturelle Austausch zwischen den Partnerstädten ist verstärkt zu fördern. Dies kein humanitärer Akt, sondern eine Aufgabe von Stadtentwicklung und Stadtmarketing!

### Kultur braucht ein Konzept

Ein neuer Kulturentwicklungsplan muss die Forderungen in ein Gesamtkonzept der Hammer Kultur einbringen. Dazu gehören auch:

- unnötige Überschneidungen in den Angeboten der Träger sind abzubauen
- Zielsetzungen bei Weiterentwicklungen (Museum, Stadtbibliothek, Kulturzentren) sind gemeinsam zu diskutieren und festzuschreiben
- die Profilierung der Räume
- Festlegung einer Zusammenarbeit von Kulturbüro und Stadtmarketing.



## **Politik für eine bessere Integration**

### **Mehr Mitsprache**

Migrantinnen und Migranten sind ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem rechtlichen Status müssen sie Gelegenheit haben, sich am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben unserer Stadt zu beteiligen. Ihre Interessen müssen auch im politischen Raum vertreten werden können. Der Ausländerbeirat hat sich als Gremium überlebt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern einen Integrationsrat (nach Solinger Modell), in dem alle ethnischen Gruppen vertreten sind. VertreterInnen des Rates erhalten Stimmrecht.

### **Sprachförderung von Anfang an**

Grundlage des friedlichen Zusammenlebens ist das gegenseitige Kennenlernen und Verstehen. Sprachkompetenz ist hierbei unerlässlich. Wir GRÜNE wollen Sprachförderung von Anfang an. Mutter-Kind-Sprachkurse, mehr Angebote in Kindergärten und Schulen. Gute Sprachkenntnisse erleichtern den Einstieg in Ausbildung und Beruf.

### **Eingliederungshilfen optimieren**

Neben den "klassischen Gastarbeiterfamilien"

gilt es verstärkt die Familien der "Spätaussiedler" und hier vor allen Dingen die Jugendlichen bei ihrer Eingliederung zu unterstützen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein Konzept "Junge Ausländer in Hamm" mit speziellen Förderungen (Motivationstraining, Ausbildung und Beruf) und Angeboten (z.B. im Bereich Kultur, Freizeit).

### **Vorbilder fördern die Integration**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Imagekampagne "Vorbilder" initiieren. Mit dieser Kampagne sollen bekannte Persönlichkeiten aus den Migranten- und Spätaussiedlergemeinden Mut machen, Selbstbewusstsein fördern und das WIR-Gefühl fördern.

### **Alt werden in der neuen Heimat**

Deutschland ist Einwanderungsland. Auch in Hamm wird es immer mehr Senioren nicht-deutscher Herkunft geben. Wir GRÜNE wollen in Zusammenarbeit mit allen in diesem Bereich Tätigen und Verantwortlichen Konzepte entwickeln. Einen ersten Schritt sehen wir in der Entwicklung eines "Handbuches für multikulturelle Altenpflege". Darauf aufbauend wollen wir einen Mobilen Altenpflege-Service (analog der "Mobilen Hebamme"), um Kontakte herzustellen und zu unterstützen.



## Frauen-Power für Hamm

Frauen wollen das Leben in ihrer Stadt mitgestalten und mitbestimmen. Frauen bilden die klare Mehrheit der Bevölkerung und sollen an den Entscheidungen der Kommune mitwirken. Die Frauenbeauftragte in der Stadt Hamm ist ein wichtiger Teil der Verwaltung. Ihre Arbeit für die Interessen von Frauen und Mädchen muss stärkere Beteiligung und Berücksichtigung finden: in der Stadtplanung, der Wirtschaftsförderung, in Jugendprogrammen und der Gewaltprävention.

GRÜNE unterstützen diese Arbeit und sehen folgende Schwerpunkte ihrer Arbeit:

- Frauenförderung stärken, d.h. für uns GRÜNE Beschäftigungsförderung, Existenzgründung, Beratungs- und Bildungsangebote erhalten bzw. ausbauen
- (Kommunalstelle Frau und Beruf)
- Frauenförderung bedeutet aber zu forderst auch, eine verlässliche und qualifizierte Kinderbetreuung in allen Altersstufen anzubieten.
- Neue Formen von Frauenarbeitsplätze fördern und umsetzen (Telearbeit, Teilzeit, JobSharing etc.)
- Unterstützung von Maßnahmen für junge Frauen zur Ausbildung und Beschäftigung in allen Tätigkeitsfeldern.
- Unterstützung von Frauen in Krisensituationen, durch den Erhalt und Ausbau von Beratungs- und Betreuungsangeboten freier Träger und deren finanzielle Sicherung durch die Stadt, z.B. Frauenhaus, Frauentherapie- und Beratungszentrum, Schwangerschaftskonfliktberatung, Familienberatungsstellen etc.



## Direkte Demokratie leben

Die ersten Schritte hin zur Bürgerkommune mit den drei Säulen Bürgerengagement, Bürgerbeteiligung und Bürgerservice sind getan. Die Förderung und Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements (z.B. Eröffnung der Freiwilligenzentrale), die zahlreichen Werkstatt-Gespräche, Zukunftskonferenzen und freiwilligen Informationsangebote der Verwaltung, das Projekt "Bürgerhaushalt" ebenso wie die Weiterentwicklung des Serviceangebotes der Bürgerämter oder das Beschwerdemanagements weisen in die richtige Richtung, dürfen aber nicht zum Alibi/ Propagandainstrument verkümmern.

Die Bürgerkommune schafft Vertrauen zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft. Die Bürgerkommune schafft ein WIR-Gefühl, dass notwendig ist für gesellschaftliche Reformen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen diesen Prozess intensivieren.

Wir verlangen die direkte Beteiligung der BürgerInnen wo immer sie möglich und zulässig ist. Der Rat bleibt aber gewähltes Entscheidungsgremium der Bürgerinnen und Bürger.

### **Die Ratswahl 2004 ist die Entscheidungs-wahl über das Projekt LippeSEE.**

### **Wehrhafte Demokratie stärken**

Der zunehmenden öffentlichen Präsentation rechtsradikalen Gedankengutes auch in Hamm muss wirksam begegnet werden.

Wir fordern:

- öffentliche Aufklärung an Schulen
- Stärkung der Zivilcourage
- aktives Engagement der Kommune (Projektarbeit, Aussteigerprogramm u.ä.)
- Unterstützung verfolgter Gruppen

## Gleichberechtigte Lebensformen

Bündnis 90/Die Grünen ist die Partei auch für Lesben und Schwule in Hamm.

Wir werden uns auch in der nächsten Wahlperiode für die Belange von Lesben und Schwulen einsetzen, denn der Umgang mit Minderheiten ist ein entscheidender Gradmesser für den demokratischen Konsens einer Gesellschaft. Das jährliche Hissen der Regenbogenfahne zum Welt-Aids-Tag vor dem Hammer Rathaus ist ein bedeutender GRÜNER Erfolg, der in die richtige Richtung weist. Bis zur umfassenden gesellschaftlichen Anerkennung lesbisch/schwuler Lebensformen ist es noch ein weiter Weg. Diesen Weg wollen wir GRÜNE weiter gehen. Wir werden uns wie bisher gegen alle Arten der Diskriminierung von Lesben und Schwule wenden. Die Stadt Hamm ist aufgefordert eine aktive Antidiskriminierungspolitik zu betreiben. Zur Umsetzung dieser Politik muss die Verwaltung der Stadt Hamm lesben- und schwulenpolitische Kompetenz entwickeln. Dazu gehört einerseits die Förderung lesbisch/schwuler Projekte sowie andererseits die gleichberechtigte Darstellung lesbisch/schwuler Lebensweisen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Wir wollen die Einrichtung eines Antidiskriminierungsbüros, dass sich auch um diese Thematik kümmert. Kommune und kommunale Gesellschaften gehören zu den größten Arbeitgebern in unserer Stadt. Mit einer antidiskriminierenden Personalpolitik kann die Kommune gegenüber anderen Arbeitgebern Vorbildfunktion im Umgang mit lesbisch/schwulen Mitarbeitern übernehmen. Dafür setzen wir uns ein. Insbesondere wollen wir auch dafür Sorge tragen, dass z.B. in Schulen eine intensive Aufklärung über Homosexualität stattfinden kann, um noch immer bestehende Vorurteile langfristig abzubauen und jungen Lesben und Schwulen ihr Coming-Out zu erleichtern.



## **Programme der Stadtbezirke**

### **Mitte - Neue Wege gehen!**

#### **Mobil mit Rad, Bus und Bahn – Stoppt den Autowahn**

Grüne Welle, Parkleitsystem und neue Straßen verbessern die Erreichbarkeit der Innenstadt nicht, denn der Autoverkehr nimmt ungebremst zu. Stattdessen die Nutzung von Rad, Bus und Bahn, Pendlernetze und CarSharing-Modelle zu fördern.

Alte holperige Radwege sind genauso ein Graus wie löchrige Flickenteppiche, die man offiziell noch immer als "Straßen" bezeichnet. Statt die RLE-Trasse von Werler Straße bis zur Östingstraße parallel der Gleise für 40 Mio. € zu bauen, müssen bestehende Straßen wie Östingstraße, Wilhelmstraße und viele andere Wohnstraßen im Stadtbezirk instandgesetzt werden. Hier gilt es, den bisherigen Investitionsstau abzuarbeiten.

#### **GRÜN statt Grau: Freiräume sichern und erhalten**

Die Ringanlagen und viele, stadtbildprägende Alleen sind in die Jahre gekommen. Die stattlichen Bäume bedürfen dringend der Pflege bzw. der "Sanierung". Die Ringanlagen müssen saniert werden. In den letzten Jahren ist das notwendige Geld eingespart worden, um damit die Planungen für den LippeSEE und den Kurhausgarten zu finanzieren. Die geringe Vitalität vieler Bäume erkennt man leider an dem verstärkten Auftreten von Baumschädlingen. Es muss ein Baumpflege- und –sanierungskonzept her und Geld bereit gestellt werden.

Der Kahlschlag von Bäumen in den Wohngebieten muss gestoppt werden. Gefällte Bäume sind umgehend nachzupflanzen.

Der LippeSEE zerstört ein intaktes Naherholungsgebiet im Herzen der Stadt. Die Lippeaue wird zum Tummelplatz der Freizeittouristen. Diese „Attraktivität“ wird teuer bezahlt: noch mehr Verkehr, noch mehr Events. Im Bereich der Adenauerallee und des alten Jahnbad es sollen neue , privilegierte Wohnsiedlungen entstehen. Der öffentlich zugängliche Freiraum wird eingeschränkt. Der weite Blick über die Lippeaue bis nach Heessen wird verbaut. GRÜNE fordern: Stoppt den StadtSEE!

#### **Kindern eine Zukunft geben:**

Der Schulstandort steht vor einer enormen Herausforderung. Bauliche Mängel müssen immer noch abgearbeitet werden. Neue Lernmethoden und Betreuungsangebote erfordern auch von der Kommune weitere finanzielle Anstrengungen. Die abnehmenden Schülerzahlen aufgrund der Bevölkerungsentwicklung sind zu berücksichtigen. Der Schulentwicklungsplan muss entsprechend aktualisiert werden!

#### **Raum schaffen für Kinder und Jugendliche**

Wir fordern einen umgehenden Ersatz für Freiflächen und Bolzplätze, die für Bauvorhaben geopfert wurden (z.B. auf dem Gelände der Cromwell-Kaserne als Ersatz für das Baugebiet Kleekamp oder einen Ersatz im Bereich des Rietzgartenviertels als Ersatz für das Baugebiet Kentroper Weg/Exer). Die Wohnneubaupläne rund um den LippeSEE stehen dem z.T. entgegen.



Bestehende Treffpunkte (wie z.B. das Jugendzentrum Südstraße) müssen erhalten werden. Entsprechend dem veränderten Freizeitverhalten von Kindern und Jugendlichen sind neue Angebote zu entwickeln.

### **Seniorengerechte Stadt Hamm**

Wer seniorengerechte Wohnungen in die Innenstadt baut, braucht auch ein seniorengerechtes Umfeld: Fußwege, kleine Platzanlagen zum Verweilen, Geschäfte zum Einkaufen, gute Busverbindungen.

### **Eine Stadt braucht ein starkes Zentrum**

Die Bewohner des Stadtbezirks brauchen ein gut funktionierendes Nahversorgungsangebot. Der Wildwuchs von weiteren (autoorientierten) Discountern verdrängt die gut erreichbaren SB-Märkte. Das Kommunale Einzelhandelskonzept gibt hier wichtige Anregungen, die umgesetzt werden müssen, um das Ziel "Sicherung der Nahversorgung" umzusetzen.

Die Hammer City als Zentrum der Gesamtstadt fällt immer mehr dem Leerstand-Virus zum Opfer. Besonders krass ist die Situation im Bahnhofsviertel: Horten und Kaufhalle stehen leer. Neue Ideen sind gefragt. Die Innenstadt braucht dringend eine Frischzellenkur. "Neues für die Mitte" oder "LippeSEE" reichen nicht aus, um die verlorene Urbanität zurück in die Innenstadt zu holen. Eine Diskussion um ein neues Leitbild, die Neudefinition der "Einkaufsstadt" sind längst überfällig. Dringend notwendig ist die Suche nach alternativen Nutzungen für die Cityrandlagen (Museumsquartier, Alte Feuerwache etc.). Wohnen in der Innenstadt ist zu fördern, ein Abriss der alten Kaufhäuser muss denkbar sein.

Es geht um Qualität statt Quantität. Die Eigenart der Innenstadt und ihrer Quartiere sind herauszuarbeiten (z.B. Fassadengestaltung, Schutz alter Gebäude). Die Profile der Quartiere sind konsequent weiter zu entwickeln (z.B. räumlich erlebbar durch markante "Tore"). Das Fußgängerleitsystem bietet auch für auswärtige Besucher eine Orientierung und macht die Schönheiten der Innenstadt erlebbar.

Der LippeSEE konterkariert die Bemühungen zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt. Das zusätzliche Angebot von Gastronomie-, Büro- und Dienstleistungsstandorten rund um den See führen zur Verlagerung und zu einem weiteren Verlust der Attraktivität!

### **Hammer Westen nicht vergessen!**

Bei den Anstrengungen zur Weiterentwicklung des Hammer Zentrums darf der Hammer Westen als Wohn-, Lebens- und Arbeitsstandort nicht vergessen werden. Die Entwicklung rund um den Osthafen, das Thyssen Gelände und das sozial- und bewohnerorientierte Handlungskonzept Hamm-Westen sind wichtige Entwicklungsimpulse für den Hammer Westen. Die Neugestaltung des Wilhelmsplatzes verbessert das Wohnumfeld. Der Parkplatzdruck rund um das Berufsschulzentrum (z.B. in der Ackerstraße) muss in Zusammenarbeit mit den Betroffenen angegangen werden.

Die B 63n (Bahntrasse) wird den innerörtlichen Verkehr auf der Wilhelmstraße, der Allee- und Werler Straße nicht verringern. Die Trennwirkung zwischen dem Ost- und Westteil des Stadtbezirktes wird durch das neue Verkehrsband erhöht (z.B. die jeweilige Tunnellänge nimmt um mindestens 20 m zu). Statt neue Straßen zu bauen, ist in die Sanierung der alten Straßen zu investieren.



## **Kultur in die Mitte**

Im Stadtbezirk finden sich verschiedene Einrichtungen, die gesamtstädtische kulturelle Bedürfnisse decken. Aber für die in der Mitte Wohnenden müssen auch wohnortnahe Angebote wie in den anderen Stadtbezirken zur Verfügung stehen.

Der Stadtbezirk Mitte braucht konstante Angebote, nicht (nur) Events. Diese sind spektakulär und laden zum Konsumieren ein. Kultur muss aber auch dauerhaft für Interessierte verfügbar sein und Selbsttätigkeit ermöglichen.

Kulutr-Räume müssen belebt werden. Das Angebot an Veranstaltungsorten nimmt zu, die Menge des Angebotes aber wird dadurch nicht größer. Damit die Mitte nicht verödet, muss der neue Kulturbahnhof feste Angebote (über die des Helios-Theaters hinaus) erhalten. Der Kunst-Dünger muss in der Mitte bleiben. Pauluskirche und Lutherkirche sind als Ort für Konzerte und Ausstellungen zu erhalten.



## Uentrop braucht GRÜNE

### Zentrum Werries – Ausbau mit Augenmaß!

Wir befürworten grundsätzlich den Ausbau des bestehenden Zentrums Werries zum Stadtteilzentrum. Hierbei müssen stärker als bisher ökologische Gesichtspunkte und die Interessen der Anwohner und der bereits ansässigen Gewerbetreibenden berücksichtigt werden. Wir fordern die Schaffung von Grünbereichen und Ruhezonen. Neue Einzelhandels- und Gewerbebetriebe müssen das bestehende Angebot ergänzen statt dieses zu verdrängen. Dies gilt insbesondere für die mögliche Ansiedlung von Discountern.

Der Ausbau des Zentrums Werries, aber auch der neue SB-Markt in der Grünen Mark wird zu Verlagerungen von Einzelhandelsgeschäften aus dem Bereich des Alten Uentropes führen. Hierfür ist frühzeitig ein Nachnutzungskonzept zu entwickeln, um eine "Verslumung" zu verhindern. Den geplanten Durchbau des Alten Grenzweges von Braamer Straße bis zur Ostwennemarstraße im Zuge der Erweiterung des Maxiparks lehnen wir ab!

### Uentrop ins Bade-Wasser!

Wir befürworten die Nutzung des Haarener Baggersees als Badesee für die Uentropen und Hammer Bevölkerung. Wir hoffen, dass sich durch ein preiswertes Badeangebot der illegale Freizeitdruck in der naturgeschützten Lippeaue verringert.

Der Ausbau des Baggersees als Wasserski-Event-Spektakel durch fremde Investoren mit zusätzlichen Angeboten wie Campen, Saunen etc. lehnen wir ab. Für die Hammer Bevölkerung bringt dieser "Rummel" nur mehr Verkehr und eine zusätzliche Belastung der Lippeaue. Denn die fälligen Eintrittspreise zur Refinanzierung der Investitionen schrecken ab.

Die Verknüpfung des Freizeitparks Haarener Baggersee mit der Entwicklung des alten Kohlehafens lehnen wir ab. Die Freizeitnutzung widerspricht dem Landschaftsschutz an dieser Stelle – vor allem weil weitere Eingriffe in die Landschaft (wie z.B. ein möglicher Golfplatz!) zu befürchten sind, um die privaten Investitionen rentabel zu gestalten.

### Naherholungsgebiet Geithe schützen

Die Geithe ist eines der schönsten Naherholungsgebiete der Stadt Hamm. Sie muss stärker als bisher geschützt werden. Denn durch die Sperrung der Lippestraße und des Alten Uentropes kommt es vermehrt zu Schleichfahrten über die Straßen und Wirtschaftswege in der Geithe. Es steht zu befürchten, dass diese bei einer Vollsperrung der Brücken noch zunehmen wird. Das wollen wir verhindern durch die Ausweisung von Anliegerverkehren, die Beruhigung vorhandener Durchgangsstraßen und die Sperrung von Wirtschaftswegen für den PKW-Verkehr.

### Dorf Uentrop anbinden

Der Ausbau des Zentrums Werries macht eine Ansiedlung von Geschäften im Ortskern Uentrop unwahrscheinlich. Umso wichtiger ist es, die Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder durch attraktive Radewege (z.B. entlang des Alten Uentropes) zwischen Uentrop und Werries zu verbessern.



## **Maxipark statt Maxi-Parkplatz**

Erfreulicherweise steigt die Attraktivität des Maxiparks von Jahr zu Jahr. Kehrseite dieser Entwicklung ist der wachsende Parkplatzdruck. An schönen Tagen oder bei Großveranstaltungen sind nicht nur die Parkplätze des Maxiparks überfüllt. Grünstreifen und Anliegerstraßen werden rücksichtslos zugeparkt. Anwohner haben an diesen Tagen nichts zu Lachen: sie finden für ihr eigenes Auto keinen Parkplatz mehr. Selbst Busse oder Rettungsfahrzeuge kommen kaum noch durch.

Wir fordern ein Parkleitsystem für besucherstarke Tage. Private Parkplätze im Zentrum Werries oder an der Wiesenstraße sind in Absprache mit den Eigentümern für die Besucher des Maxiparks freizugeben.

## **Hindernisparcour beseitigen**

Die alte Panzerstraße wird mehr und mehr zu Holperpiste und zur echten Herausforderung für AutofahrerInnen. Der Abwasserkanal des Alten Uentropes Weges ist genauso marode wie die Straße selber. Alles spricht dafür, den Alten Uentropes Weg endlich Instand zu setzen!



## Rhynern braucht GRÜNe

### Für unseren Stadtbezirk stellen wir uns vor:

- Der dramatischen Zunahme der Lärm- und Luftverschmutzung durch den ausufernden Straßenverkehr in Rhynern und Berge (A2-Ausbau, B63 mit Gewerbe- und Logistiksiedlungen, A445-Pläne, L 667-Verlagerung) muss Einhalt geboten werden!
- Der DB-Haltepunkt in Westtünnen muss endlich gebaut werden! Schnellbuslinien in die Stadt, Pendelbusse zu den Ortsteilen (z.B. zwischen Rhynern und Westtünnen), P&R-Angebote und gut ausgebaute Radwege können gegen den Verkehrskollaps helfen, nicht aber noch mehr Verkehr auf noch mehr Straßen...
- Rhynern darf nicht zubetoniert werden! Der zunehmende Flächenverbrauch für (verkehrsintensiv) Großsiedlungen (Logistik, Möbelmarkt) muss gestoppt werden. Neue Wohnbauflächen kann man behutsam entwickeln und in die Ortsstruktur einpassen.
- Eine engagierte Bestandspflege des lokalen Handwerks und des lokalen Gewerbes als Arbeitgeber und Ausbilder macht mehr Sinn als das Null-Summen-Spiel bei der Verlagerung von Arbeitsplätzen aus der Region nach Hamm ((EDEKA, PLUS etc.). Die zahlreichen GRÜNEN Sanierungsprogramme (Schulgebäude, Straßen-, und Grünflächenunterhaltung etc.) fördern die in Hamm ansässigen Betrieben mehr als die europaweiten Großaufträge für die Leuchtturmprojekte!
- Rhynern ist stark von der Landwirtschaft geprägt, die zu fördern und zu erhalten ist. Die Entwicklungspotentiale der bäuerlichen Landwirtschaft für die Erzeugung gesunder, gentechnikfreier Nahrungsmittel, für die Pflege und den Erhalt der Kulturlandschaft oder für den Vertraglichen Umweltschutz sind konsequent zu fördern.
- Rhynern braucht mehr Wald – und keine "Event-Pfütze" (alias LippeSEE)!
- Kinder und Jugendliche brauchen Treffpunkte und Angeboten für eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung - in allen Ortsteilen des Stadtbezirks!



## **Pelkum braucht GRÜNE**

### **GRÜNE für die Zukunft der Kinder**

Der Schulstandort Pelkum steht vor großen - auch finanziellen – Herausforderungen. Die Schulanerungen im Stadtteil müssen endlich fortgesetzt und zügig abgeschlossen werden.

Die Ganztagschule muss in allen Schulformen angeboten werden. Dabei müssen die sinkenden Schülerzahlen durch flexible Konzepte berücksichtigt werden.

Die Einrichtung einer zusätzlichen Gesamtschule lehnen wir ab.

In Pelkum muss es auch bei sinkenden Schülerzahlen ein Angebot aller Schulformen geben. Deshalb werden sich GRÜNE für den Erhalt der Kopernikusschule-Hauptschule einsetzen.

### **GRÜNE - Freiräume für Kinder und Jugendliche**

Bei der Schaffung von neuen Baugebieten müssen Spielplätze für Kinder und multifunktionale Flächen für Jugendliche mitgeplant und frühzeitig umgesetzt werden.

Entsprechend dem veränderten Freizeitverhalten von Kindern und Jugendlichen müssen gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen neue Angebote entwickelt werden. Bestehende Einrichtungen müssen erhalten werden. Der Aus- und Umbau des Titaniaparkes muss endlich erfolgen. Das Freibad Selbachpark muss weiterentwickelt werden.

### **GRÜNE für eine seniorengerechte Stadtentwicklung in Pelkum**

Für eine seniorengerechte Stadtentwicklung ist neben den entsprechenden Wohnungs- und Betreuungsangeboten ein barrierefreies und ansprechendes Umfeld notwendig. GRÜNE werden dafür sorgen, dass entsprechende neue Bauvorhaben diesen Anforderungen entsprechen. Senioren müssen an der Gesellschaft partizipieren können.

Dazu gehört insbesondere die gute Erreichbarkeit von Nahversorgungsunternehmen und Dienstleistern. Kurze Wege zu Einzelhändlern, Ärzten, Apothekern etc. und eine gute ÖPNV-Anbindung sind zwingende Voraussetzung für den Bau von Seniorengerechten Wohnungen.

### **GRÜNE für die Stärkung der Stadtteilzentren**

GRÜNE wollen die vorhandenen Nahversorgungsstrukturen in den Bezirken und Stadtteilen stärken. Deshalb wollen wir den Wiescherhöfener Markt sowie den Pelkumer Platz städtebaulich aufwerten. Ansiedlungen von neuen Discountern und Supermärkten auf der "grünen Wiese" werden nicht mehr zulassen. Auch deshalb sind wir gegen die Ansiedlung von Einzelhandel auf dem "Soosmanskamp".

### **GRÜNE für mehr Mobilität im Stadtbezirk...**

GRÜNE wollen den öffentlichen Personennahverkehr ausbauen. Deshalb setzen wir uns für die Einrichtung eines DB Haltepunktes Selmigerheide ein. Die Bus-Verbindung zwischen Pelkum und Wiescherhöfen muss verbessert werden. Wir fordern die Einrichtung einer Ringbuslinie (auch Taxibus) mit Anschluss an die bestehenden Linien. So wollen wir gewährleisten, dass die Stadtteilzentren Pelkumer Platz, der Bezirksverwaltungsstelle an der Kamener Straße und der Wiescherhöfener Marktes besser erreichbar sind.



### **Unser Stadtteil muss GRÜNER werden**

Wir fordern die Bereitstellung der notwendigen Mittel für die Umsetzung des Waldentwicklungskonzeptes. Das Waldentwicklungskonzept darf nicht als Ausgleichsalibi für die Betonierung des Weetfeldes dienen!

Bäume, die aus den unterschiedlichsten Gründen gefällt werden, müssen zeitnah durch neue Anpflanzungen ersetzt werden. Vorhandene Alleen müssen erhalten werden. Auch deshalb werden die GRÜNEN dafür sorgen, dass die Verwaltung ein auf die Bedürfnisse unseres Stadtteils abgestimmtes Grünpflegekonzept entwickelt.

### **GRÜNE für den Erhalt der Kulturlandschaft Weetfeld**

Die alte Kulturlandschaft "Weetfeld" ist eine grüne Lunge von Hamm. Das geplante Industriegebiet zerstört die einmalige Kulturlandschaft. Alleine die nötigen Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen verschlingen Millionen von Steuergeldern ohne in nennenswertem Umfang Arbeitsplätze zu schaffen. Die Belastungen durch das geplante Industrie- und Logistikgebiet zerstören die Wohn- und Lebensqualität der betroffenen Bürgerinnen und Bürger – nicht nur im direkten Umfeld sondern auch an den zahlreich geplanten neuen Zufahrtsstraßen (Unnaer Straße, Provinzialstraße, Große Werlstraße). Deshalb werden wir direkt nach der Kommunalwahl die Planungen für das Industriegebiet Weetfeld beenden.

### **GRÜNE für solides Haushalten**

GRÜNE wollen nicht Visionen finanzieren, sondern die vorhandenen Straßen sanieren. Statt neue Straßen zur Erschließung neuer Industriegebiete zu bauen, werden wir die vorhandenen Straßen wieder befahrbar machen Dazu gehört auch die überfällige Sanierung des Kanalnetzes.

Statt LippeSEE-Visionen zu finanzieren, wollen wir die Schulen sanieren und modern ausstatten. Wir brauchen keine Freizeitgesellschaft, sondern eine gut ausgebildete Gesellschaft!

GRÜNE Sanierungspläne werden Hunderte von Arbeitsplätzen in der Bauindustrie erhalten. Europäische Großaufträge für Leuchtturmprojekte nutzen Hammer Betrieben wenig.



## Herringen - fit für die Zukunft

### Nahversorgung

Die Versorgung gerade in den Stadtteilen muss gesichert werden. Nicht überall dürfen neue Discounter und SB-Märkte wie Pilze aus dem Boden schießen. Sie vernichten Arbeitsplätze. Nur noch wenige, autoorientierte Standorte bleiben übrig. Immer weitere Wege müssen zurückgelegt werden – der Autoverkehr nimmt zu. Senioren und Leute ohne Auto sind die Leidtragenden.

Das Kommunale Einzelhandelskonzept muss Richtschnur der Entscheidungen werden! Die bestehenden Nahversorgungszentren am Marktplatz und in der Fritz-Husemann-Straße müssen gestärkt und erhalten werden – z.B. durch die behutsame Entwicklung rund um Schacht Franz. Die Versorgung in der Westenheide muss gesichert werden.

### Schulen

Die Sanierung von Schulgebäuden genießt oberste Priorität. Die Ausstattung der Schulen muss modernen Anforderungen genügen. Die Reform des Schulwesens muss in Angriff genommen werden: Selbstständige Schule, Ganztagschule, gesicherte Betreuung sind hier die Stichworte. Die Schulverwaltung muss klare Vorgaben hinsichtlich der Qualitätssicherung von Bildung und Betreuung – in Abstimmung mit Lehrern, Eltern und Schülern – machen.

Eine 3. Gesamtschule im Hammer Westen bedeutet, den Teufel mit Beelzebub austreiben zu wollen. Große Schulen sind unübersichtlich. Eine Vernetzung bestehender Schulen ist sinnvoller! Sprache ist wichtig für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sprachförderung muss gerade für Eltern und Kinder aus Migrantenfamilien früh ansetzen und muss entsprechend gefördert werden. Spielräume und Treffpunkte für Kinder und Jugendliche sind zu erhalten und im Rahmen des Spielraumbedarfsplans neu zu schaffen.

### Verkehr

Die Kanaltrasse (vom Isenbecker Hof bis zum Maronenweg) ist städtebaulich, verkehrstechnisch und ökologisch schädlich. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen die Kanaltrasse ab.

Die Dortmunder Straße muss sofort umgestaltet werden. Im ersten Bauabschnitt ist die vierspurige Dortmunder Straße im Bereich der Westenheide neu zu gestalten. Im zweiten Bauabschnitt ist die Ortsdurchfahrt Herringen im Sinne des Städtebaulichen Rahmenplans umzubauen.

Alte Straßen, Radwege und Abwässerkanäle sind ganzheitlich zu sanieren.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern einen durchgängigen Radweg parallel zur Dortmunder Straße vom Parkfriedhof bis zum Daberg. Dazu ist im Bereich der nördlichen Berghalde die verbleibende Lücke zu schließen.

Die Grenzen des Straßenneubaus sind längst erreicht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streben die Reduzierung des Autoverkehrs an. Dafür ist der Umweltverbund mit Bus, Fahrrad und Zu-Fußgehen zu fördern. Eine intensive Öffentlichkeitsarbeit muss den Bewusstseinswandel begleiten.

### Wohnen

Die Bevölkerung nimmt langfristig ab. Die Menschen werden immer älter. Statt immer neue Flächen für den Wohnungsbau auszuweisen, muss der alte Siedlungsbestand modernisiert und umgebaut werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen neue Modelle zur Attraktivitätssteigerung



alter Siedlungen anregen: unrentable Mehrfamilienhäuser könnten durch Abriss und Neubau von Eigenheimen bzw. kleinen Mehrfamilienhäusern ersetzt werden, statt diese an windige Investoren zu verkaufen.

## **Wirtschaft**

Auch im Stadtbezirk Herringen gibt es noch ausreichend gewerbliche bzw. industrielle Altflächen, die es neu zu entwickeln gibt. Schwerpunkt der gewerblichen Entwicklung ist der Standort Westhafen, Schacht Franz oder die Freiflächen von Hoesch/MHP. Langfristig stehen mit dem Gelände des Bergwerks Ost noch ausreichend Flächenreserven zur Verfügung. Die Ausweisung neuer Gewerbe- und Industrieflächen ist deshalb nicht notwendig.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine stärkere Profilbildung, um zielgenau Betriebe anzusiedeln, die in den Bestand "passen" und die das Angebot der Anbindung von Bahn und Schiff (z.B. im Westhafen) auch nutzen können und wollen.

Vor allem die Klein- und mittelständischen Betriebe sind durch die Wirtschafts-förderung zu betreuen und zu beraten.



## **Grüne für Bockum - Hövel**

### **Zentrum Bockum - Hövel**

Die in den letzten Jahren entstandenen Einkaufszentren östlich der Römerstraße haben den Innenstadtbereich entwertet und zu Auszügen und Leerständen geführt. Das Einzelhandelskonzept der Stadt Hamm fordert deswegen eine Wiederbelebung des Rathauscenters als Nahversorgungszentrum. Wir unterstützen dies, glauben aber, dass das erst in weiter Zukunft möglich ist. Kurzfristig sehen wir eine Chance als Dienstleistungs- und Gastronomiezentrum mit Anwaltsbüros, Eisdielen, Biergärten und als wichtige Neuerung: eine Öffnung nach außen! Weiterhin sollte die Verbindung zur Marinestraße und die Gestaltung des Marktplatzes als Raum für das öffentliche Leben verbessert werden. Spielhallen sind in diesem Bereich eher abstoßend.

### **Straßen**

Die Wareндorfer Strasse soll gegen unsere Stimme gebaut werden. Wir fordern in diesem Fall für den Bockumer Weg: LKW - Verbot, Geschwindigkeitsreduzierung in sensiblen Bereichen, Einengungen durch Fahrradstreifen und Begrünung. Ebenso muss verhindert werden, dass die Eichstedtstraße als Verbindungsweg Römerstraße und Hammer Straße benutzt wird.

### **Grün statt Grau**

Obwohl Bockum-Hövel ein Bezirk mit hohem Grünanteil ist, könnte in dichtbesiedelten Bereichen noch mehr getan werden. Wichtig in der gegenwärtigen Diskussion ist das Gebiet zwischen Horster Straße und Lipperandstraße: einflussreiche Investoren planen hier schon wieder eine völlige Überbauung mit Wohnhäusern. Dies ist bei drastisch sinkenden Einwohnerzahlen unsinnig! Wir wünschen eine maßvolle, naturbelassene Überpflanzung mit Wald- und Grünzügen. Die noch relativ natürliche Auenlandschaft der Lippe im Süden von Bockum-Hövel darf nicht einem erhöhten Freizeitdruck ausgesetzt werden mit neuen - asphaltierten - Wegen, Grillplätzen etc.

### **Wohnen**

Wir brauchen bei sinkenden Einwohnerzahlen keine neuen Wohngebiete! Statt dessen müssen die bestehenden mit teilweise erheblichen Leerständen, z. B. rund um das Rathauscenter, attraktiver gemacht werden. Schwerpunkte sind hierbei: Spielplätze und Flächen für Jugendliche, seniorengerechte Wohnungs- und Betreuungsangebote, kurze Wege zu allen lebenswichtigen Versorgungern.

### **Kultur**

Das Kulturrevier Radbod muss weiterhin unterstützt und erhalten werden. Gleiches gilt auch für die Bestandssicherung des Saalbaus. Hier würden wir uns ein jährlich wiederkehrendes Kulturangebot wie z. B. einen Kunstdünger für Bockum-Hövel wünschen.

### **Nazi Demo**

Immer wieder kommt Bockum-Hövel in negative Schlagzeilen durch die alljährlichen Nazi - Demos. Hiermit muss endlich Schluss sein! Weder Verwaltung noch Politik haben bisher Entscheidendes unternommen, um dies zu verhindern.



## Heessen braucht GRÜNE

### Umweltschutz und Energiepolitik

Die Lippeaue muss erhalten bleiben. Deshalb wird die "Pfütze" Lippesee abgelehnt, zumal er zum größten Teil von den Bürgern finanziert werden muss.

Die Heessener Landwirtschaft ist zu fördern und zu erhalten. Die Erzeugung gesunder gentechnikfreier Nahrungsmittel, die Pflege und der Erhalt der Kulturlandschaft und der vertragliche Umweltschutz sind konsequent zu unterstützen.

Bäume, die aus den unterschiedlichsten Gründen gefällt werden, müssen zeitnah durch neue Anpflanzungen ersetzt werden. Vorhandene Alleen müssen erhalten werden.

Da eine Nachnutzung der Gebäude am Schacht 7 nicht in Sicht ist, unterstützen wir die Forderung des Vereins "Heessener Wald" das Gelände aufzuforsten.

### Verkehr

Der dramatischen Zunahme der Lärm- und Luftverschmutzung durch den ausufernden Straßenverkehr in Heessen muss Einhalt geboten werden.

So nehmen nach dem Bau der Nordlipperandstraße viele LKW-Fahrer den kürzesten Weg durch Heessen zur Autobahnauffahrt Uentrop, um das Kamener Kreuz zu umgehen. Der geplante Lippesee wird auch an den Wochenenden erheblich mehr Verkehr bringen, da die meisten Parkplätze in Heessen angelegt werden sollen.

Die geplante Wareндorfer Straße ist durch den Bau der Nordlipperandstraße vollkommen überflüssig geworden. Wir fordern einen weiteren Ausbau des Radwegenetzes, Verkehrsberuhigungen in Wohnstraßen, vor Kindergärten und Schulen sind auch bauliche Maßnahmen deutlicher zu machen (z.B. Verengungen) um notorische Raser zu bremsen. Der Öffentliche Personen-Nah-verkehr muss weiter verbessert werden, um Verkehrsdichte und Staus zu reduzieren. Deshalb brauchen wir eine direkte Verbindung nach Bockum-Hövel. Das Baugebiet "Brokbrede" ist an den ÖPNV anzuschließen. Die GRÜNEN haben im Gegensatz zu den großen Parteien in Heessen gegen die bisherige Ampelregelung an der Fährstraße gestimmt. Hier sind wir weiterhin für die Einrichtung eines Kreisverkehrs.

### Kinder, Jugendliche, Familien und Senioren

Die Spielplätze in Heessen müssen erhalten bleiben und durch weitere Spielgeräte attraktiver werden. Die Einrichtung einer zusätzlichen Gesamtschule lehnen wir ab.

Vorbeugen ist besser als Einsperren. Deshalb fordern wir die Stärkung der Jugendarbeit in Heessen. Die beiden großen Parteien haben das Freibad in Heessen geschlossen. Nun soll anscheinend für alle Zeiten eine Nachnutzung für die Bürger verhindert werden. Wir werden uns dagegen zur Wehr setzen.

Eine stadtteilorientierte, wohnortnahe Beratung für Familien ist einzurichten. Für eine seniorengerechte Stadtentwicklung ist neben den entsprechenden Wohnungs- und Betreuungsangeboten ein barrierefreies und ansprechendes Umfeld notwendig. GRÜNE wollen, dass neue Bauvorhaben diesen Anforderungen entsprechen. Senioren müssen am Leben in der

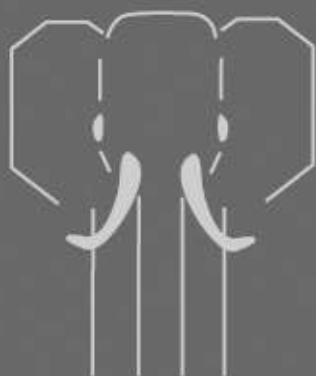


Gesellschaft teilnehmen können. Dazu gehört insbesondere die gute Erreichbarkeit von Nahversorgungs-unternehmen und Dienstleistern.

### **Arbeit und Soziales**

Grüne wollen nicht Visionen finanzieren, sondern Schulen sanieren und modern ausstatten. Vorhandene Straßen und Radwege müssen wieder befahrbar gemacht werden. Dies würde Hunderte von Arbeitsplätzen in der heimischen Wirtschaft erhalten. Unseren Betrieben nutzen europaweit ausgeschriebene Großaufträge für Leuchtturmprojekte nichts. Stadtteilorientierte Beschäftigungs- und Qualifizierungs-projekte müssen unterstützt und gefördert werden.





**Impressum:**

Bündnis90/Die Grünen  
Kreisverband Hamm/Westfalen  
Nassauer Str. 25  
59065 Hamm

Telefon 023 81 / 2 37 87  
Fax 023 81 / 16 21 29

[www.gruene-hamm.de](http://www.gruene-hamm.de)  
[info@gruene-hamm.de](mailto:info@gruene-hamm.de)

**BÜNDNIS 90**  
**DIE GRÜNEN**

